

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.05.2020

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.05.2020

9.1 Heidelberger Wirtschaftsoffensive

Beschlussvorlage 0186/2020/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner führt in das Thema ein und gibt einen Überblick über den Inhalt der Vorlage.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Winter-Horn, Stadtrat Breer, Stadträtin Mirow, Stadtrat Karaaslan, Stadtrat Michalski, Stadtrat Butt, Stadtrat Dr. Gradel, Stadträtin Stolz, Stadträtin Marggraf

Im Großen und Ganzen bedanken sich die Stadträtinnen und Stadträte für die Vorlage und freuen sich, dass große Teile der Vorschläge aus den Fraktionen übernommen worden seien. Dennoch gebe es auch noch Nachbesserungsbedarf.

Folgende Anträge werden während der Aussprache eingebracht und gestellt:

Antrag Bündnis 90 / Die **Grünen** (Anlage 03 zur Drucksache 0186/2020/BV):

Wir beantragen ergänzend zum Beschlussvorschlag der Verwaltung folgenden Punkt aufzunehmen:

- 3.) Im Sinne eines "Satzungs-TÜV" identifiziert die Verwaltung regelmäßig und proaktiv Satzungen aus den Bereichen I., II., III. (siehe Drucksache 0186/2020/BV, Seite 3.6 bis 3.8.), die wirtschaftliche Hemmnisse enthalten und erarbeitet Vorschläge zu deren Abbau und für eine zeitgemäße Regelung.

Antrag der Fraktion Die **Linke** (Anlage 04 zur Drucksache 0186/2020/BV):

Es soll ein Nothilfefond Club- und Veranstaltungskultur geschaffen werden. Aus diesem Hilfsfond heraus sollen Pauschalen an kleine und mittelgroße Musikspielstätten für jedes abgesagte Konzert gezahlt werden. Die Pauschale könnte mit einem Zuschuss von 2 Euro pro erwartetem Gast berechnet werden.

Die von Clubbetreibenden zu zahlende Miete für Gebäude in städtischer Hand soll für die Dauer der Schließungen durch Corona (zumindest bis zum 31.08.2020) ausgesetzt statt gestundet werden.

Stadträtin Mirow teilt hierzu mit, dass nur der erste Teil des Antrages aufrechterhalten werde, da der zweite Teil bereits im Beschlussvorschlag der Verwaltung enthalten sei.

Antrag der Fraktion Die **Linke** (mündlich vorgetragen durch Stadträtin Mirow):

Für einen begrenzten Zeitraum von 1 bis 3 Monaten sollen durch ein kommunales Sonderförderprogramm bei Beziehern von Leistungen nach Sozialgesetzbuch (SGB) II und XII die tatsächlichen Mietkosten als Kosten der Unterkunft (KdU) anerkannt werden.

Antrag der Fraktion Die **Linke** (Anlage 01 zur Drucksache 0186/2020/BV):

Die bisherigen Maßnahmen werden wie folgt ergänzt:

Die Förderung bei der Übernahme von den Vereinsgebühren für Kinder und Jugendliche bis 50 Euro im ersten Jahr der Mitgliedschaft und einer anschließenden Drittelförderung wird auf Erwachsene beider Passarten (Heidelberg-Pass und Heidelberg-Pass⁺) ausgeweitet.

Antrag Bündnis 90 / Die **Grünen** (Anlage 02 zur Drucksache 0186/2020/BV):

Wir beantragen, zu prüfen, ob im Auftrag der Stadt Heidelberg eine lokale Online-Shopping-Plattform (responsive) als virtueller Marktplatz entwickelt werden kann, auf der lokale Händler/Händlerinnen und Unternehmen aus Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus, Eventbereich, Kreativwirtschaft und Nachtkultur ihre Geschäftsbereiche präsentieren und ihre Produkte online verkaufen beziehungsweise Reservierungen annehmen können. Die Zustellung erfolgt ökologisch per Lastenrad und ausschließlich über Heidelberger Logistikanbieter beispielsweise in Kooperation mit VeloCargo Heidelberg.

Eine solche Plattform darf nicht irgendwie umgesetzt werden, sondern muss die Ansprüche der Händler/Händlerinnen und der Kunden im Blick haben, leicht bedienbar sein und die Hürde für eine Bestellung niedrig halten. Ziele und konkrete Anforderungen dieser Plattformen sollen daher vorab gemeinsamen mit den betroffenen Akteuren/Akteurinnen sowie Vertretern/Vertreterinnen aus dem Stadtmarketing, der Wirtschaftsförderung, IHK, Dehoga, Pro Heidelberg und der Kreativwirtschaft erarbeitet werden. Lokale Unternehmen sollen mit der Konzeption, Umsetzung, dem Betreiben und der Bewerbung der Seite beauftragt werden. Die Seite muss stets gepflegt und aktuell gehalten werden. Die Plattform soll auf einem nachhaltigen Server gehostet werden (grünes Webhosting).

Folgende zusätzliche Vorschläge / Arbeitsaufträge wurden formuliert:

- Bei der Konzeption zur Umsetzung des „Heidelberger Solidaritäts-Gutscheins“ sollte die Kultur- und Kreativwirtschaft durch die Stabsstelle miteinbezogen werden, beziehungsweise geprüft werden, inwiefern bestehende Plattformen von Heidelberger Unternehmen integriert werden können.
- Beim Erlass der Mieten für Mieter städtischer Liegenschaften sollte sichergestellt werden, dass die Mieter den Erlass auch tatsächlich benötigen. Teilweise seien die Räumlichkeiten auch untervermietet worden, ein Erlass wäre dann nicht gerechtfertigt. Es sollte daher aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt jeweils eine Einzelfallprüfung erfolgen.
- Die Mieter städtischer Liegenschaften seien mit diesem Hilfsprogramm im Vorteil gegenüber denjenigen Mietern, die von privater Hand Räumlichkeiten angemietet hätten. Um dies wenigstens ein bisschen abmildern zu können, sollte von Seiten der Stadt eine Hilfe in Form von Mediation mit den beiden Vertragsparteien angeboten werden.

Bürgermeister Dr. Gerner führt aus, für den Antrag zur Übernahme der KdU wäre ein freiwilliges kommunales Sonderförderprogramm notwendig, welches mit entsprechenden Mitteln hinterlegt werden müsste. Allein für den Bereich der SGB II Anspruchsberechtigten müsste man hierfür Mittel in Höhe von rund 40.000 Euro monatlich zur Verfügung stellen. Die Mittel für den SGB XII Bereich seien hierin noch nicht eingerechnet.

Bürgermeister Erichson gibt ergänzend zu bedenken, dass der Antrag zu Übernahme der KdU zudem mit einem großen Verwaltungsaufwand verbunden wäre.

Zum Antrag zur Übernahme der Vereinsgebühren teilt Bürgermeister Erichson mit, der finanzielle Bedarf im ersten Jahr würde Kosten in Höhe von circa 50.000 Euro nach sich ziehen, falls ein Viertel der Anspruchsberechtigten die Förderung in Anspruch nehmen würde. Bei der derzeitigen finanziellen Situation müsse man darüber nachdenken, ob man sich dies leisten könne / wolle.

Herr Massoth, Leiter des Amts für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft, führt aus, dass die von Bündnis 90 / Die Grünen beantragte Shopping-Plattform mit dem Vorschlag der Verwaltung für den „Heidelberger Solidaritäts-Gutscheins“ verbunden werden könne. Mit der Vorlage solle der Grundsatzbeschluss für dieses Gutschein-Modell getroffen werden, die genaue Ausarbeitung müsse dann noch erfolgen.

Im Laufe der Aussprache diskutieren die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses die einzelnen Anträge. Vor allem bei den Anträgen der Fraktion Die Linke werden jedoch aufgrund der aktuellen Haushaltslage Bedenken bezüglich der Realisierbarkeit geäußert. Würde man heute bereits wissen, ob und in welcher Höhe finanzielle Hilfen vom Bund und / oder Land zu erwarten wären, könnte man hierüber gegebenenfalls anders entscheiden. So müsste man diese zum jetzigen Zeitpunkt eher ablehnen. Beim Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen bezüglich der Shopping-Plattform gibt es Kritik an der Vorgabe der Zustellung per Lastenrad. Dies könnte als Empfehlung genannt werden, sollte jedoch nicht zwingend vorgeschrieben werden.

Nach längerer Aussprache stellt Stadträtin Marggraf schließlich den

Geschäftsordnungsantrag

Schluss der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Stadträtin Mirow und Stadtrat Karaaslan wird noch das Wort erteilt.

Nach endgültigem Abschluss der Aussprache ruft Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner die Anträge wie folgt auf:

Antrag Bündnis 90 / Die **Grünen** (Anlage 02 zur Drucksache 0186/2020/BV):

Stadtrat Karaaslan hebt nochmal hervor, die genaue Ausgestaltung, zum Beispiel bezüglich der Zustellung, müsse mit den Betroffenen besprochen werden. Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner fasst zusammen, dass es um den Arbeitsauftrag gehe, mit den Unternehmen ins Gespräch zu gehen und eine solche Plattform aufzubauen. Mit dieser Klarstellung ruft er den Antrag modifiziert zur Abstimmung auf:

Es ergeht der Arbeitsauftrag, zu prüfen, ob im Auftrag der Stadt Heidelberg eine lokale Online-Shopping-Plattform (responsive) als virtueller Marktplatz entwickelt werden kann, auf der lokale Händler/Händlerinnen und Unternehmen aus Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus, Eventbereich, Kreativwirtschaft und Nachtkultur ihre Geschäftsbereiche präsentieren und ihre Produkte online verkaufen beziehungsweise Reservierungen annehmen können. Die Zustellung **soll** ökologisch per Lastenrad und ausschließlich über Heidelberger Logistikanbieter beispielsweise in Kooperation mit VeloCargo Heidelberg **erfolgen**.

Eine solche Plattform darf nicht irgendwie umgesetzt werden, sondern muss die Ansprüche der Händler/Händlerinnen und der Kunden im Blick haben, leicht bedienbar sein und die Hürde für eine Bestellung niedrig halten. Ziele und konkrete Anforderungen dieser Plattformen sollen daher vorab gemeinsamen mit den betroffenen Akteuren/Akteurinnen sowie Vertretern/Vertreterinnen aus dem Stadtmarketing, der Wirtschaftsförderung, IHK, Dehoga, Pro Heidelberg und der Kreativwirtschaft erarbeitet werden. Lokale Unternehmen sollen mit der Konzeption, Umsetzung, dem Betreiben und der Bewerbung der Seite beauftragt werden. Die Seite muss stets gepflegt und aktuell gehalten werden. Die Plattform soll auf einem nachhaltigen Server gehostet werden (grünes Webhosting).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Antrag Bündnis 90 / Die **Grünen** (Anlage 03 zur Drucksache 0186/2020/BV):

Wir beantragen ergänzend zum Beschlussvorschlag der Verwaltung folgenden Punkt aufzunehmen:

3.) Im Sinne eines "Satzungs-TÜV" identifiziert die Verwaltung regelmäßig und proaktiv Satzungen aus den Bereichen I., II., III. (siehe Drucksache 0186/2020/BV, Seite 3.6 bis 3.8.), die wirtschaftliche Hemmnisse enthalten und erarbeitet Vorschläge zu deren Abbau und für eine zeitgemäße Regelung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 1 Enthaltung

Antrag der Fraktion Die **Linke** (Anlage 04 zur Drucksache 0186/2020/BV / nur erster Teil):

Es soll ein Nothilfefond Club- und Veranstaltungskultur geschaffen werden. Aus diesem Hilfsfond heraus sollen Pauschalen an kleine und mittelgroße Musikspielstätten für jedes abgesagte Konzert gezahlt werden. Die Pauschale könnte mit einem Zuschuss von 2 Euro pro erwartetem Gast berechnet werden.

Stadträtin Mirow teilt mit, da es keine Einschätzung der Verwaltung gebe, ob dies praktikabel sei, soll der **Antrag zurückgestellt** werden.

Antrag der Fraktion Die **Linke** (mündlich vorgetragen durch Stadträtin Mirow):

Für einen begrenzten Zeitraum von 1 bis 3 Monaten sollen durch ein kommunales Sonderförderprogramm bei Beziehern von Leistungen nach Sozialgesetzbuch (SGB) II und XII die tatsächlichen Mietkosten als Kosten der Unterkunft (KdU) anerkannt werden.

Antrag der Fraktion Die **Linke** (Anlage 01 zur Drucksache 0186/2020/BV):

Die bisherigen Maßnahmen werden wie folgt ergänzt:

Die Förderung bei der Übernahme von den Vereinsgebühren für Kinder und Jugendliche bis 50 Euro im ersten Jahr der Mitgliedschaft und einer anschließenden Drittförderung wird auf Erwachsene beider Passarten (Heidelberg-Pass und Heidelberg-Pass+) ausgeweitet.

Für **beide Anträge** wird nach kurzer Diskussion vorgeschlagen, diese in den Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit zu **verweisen**.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner lässt über die **Verweisung** abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Auf Nachfrage von Stadtrat Breer sagt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner zu, den Arbeitsauftrag bezüglich einer Mediation zwischen privaten Vermietern und gewerblichen Mietern aufzunehmen.

Abschließend ruft Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner den **Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Berücksichtigung des Arbeitsauftrages**, jeweils eine **Einzelfallprüfung** bezüglich der Notwendigkeit des Mieterlasses durchzuführen, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Somit ergibt sich folgender

Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat

- 1.) *im Rahmen der „Heidelberger Wirtschaftsoffensive“ die Konzeption, rechtliche Prüfung und mögliche Umsetzung des „Heidelberger Solidaritäts-Gutscheins“ für Heidelberger Bürgerinnen und Bürger zur Unterstützung von Heidelberger Unternehmen, Solo-Selbständigen und Vereinen*
- 2.) *im Rahmen der „Heidelberger Wirtschaftsoffensive“ die Umsetzung der für 2020 in der Vorlage genannten Erleichterungen bezüglich Außengastronomie, gewerblicher Sondernutzungen und gewerbliche Mieter städtischer Liegenschaften sowie die Verwaltung aufzufordern, die notwendige Satzungsänderung vorzubereiten. **Vor Mieterlass ist jeweils im Einzelfall eine Prüfung vorzunehmen, ob die Notwendigkeit eines Erlasses tatsächlich gegeben ist.***
- 3.) *Im Sinne eines „Satzungs-TÜV“ identifiziert die Verwaltung regelmäßig und proaktiv Satzungen aus den Bereichen I., II., III. (siehe Drucksache 0186/2020/BV, Seite 3.6 bis 3.8.), die wirtschaftliche Hemmnisse enthalten und erarbeitet Vorschläge zu deren Abbau und für eine zeitgemäße Regelung.*

zu beschließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Gemeinderat nehmen

- 1.) *den kommunalen Handlungsrahmen für Hilfsangebote jeglicher Art*
- 2.) *die Vorschläge der Ämter der Stadt Heidelberg verschiedenste Prozesse, Festlegungen und Auflagen zu verändern, aufzuheben oder zu vereinfachen sowie deren kontinuierliche und sukzessive Umsetzung*

- 3.) die Stellungnahme der Stadtverwaltung auf die Anträge
„Wirtschaftshilfen“ vom 28.04.2020, B'90/Die Grünen;
„Nothilfe für Clubkultur“ vom 25.04.2020, DIE LINKE sowie
„Einrichtung einer Gutscheine-Plattform für Heidelberg“ vom 08.04.2020, SPD

zur Kenntnis.

Es werden folgende Arbeitsaufträge festgehalten:

1. **Es ergeht der Arbeitsauftrag, zu prüfen, ob im Auftrag der Stadt Heidelberg eine lokale Online-Shopping-Plattform (responsive) als virtueller Marktplatz entwickelt werden kann, auf der lokale Händler/Händlerinnen und Unternehmen aus Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus, Eventbereich, Kreativwirtschaft und Nachtkultur ihre Geschäftsbereiche präsentieren und ihre Produkte online verkaufen beziehungsweise Reservierungen annehmen können. Die Zustellung soll ökologisch per Lastenrad und ausschließlich über Heidelberger Logistikanbieter beispielsweise in Kooperation mit VeloCargo Heidelberg erfolgen.**

Eine solche Plattform darf nicht irgendwie umgesetzt werden, sondern muss die Ansprüche der Händler/Händlerinnen und der Kunden im Blick haben, leicht bedienbar sein und die Hürde für eine Bestellung niedrig halten. Ziele und konkrete Anforderungen dieser Plattformen sollen daher vorab gemeinsamen mit den betroffenen Akteuren/Akteurinnen sowie Vertretern/Vertreterinnen aus dem Stadtmarketing, der Wirtschaftsförderung, IHK, Dehoga, Pro Heidelberg und der Kreativwirtschaft erarbeitet werden. Lokale Unternehmen sollen mit der Konzeption, Umsetzung, dem Betreiben und der Bewerbung der Seite beauftragt werden. Die Seite muss stets gepflegt und aktuell gehalten werden. Die Plattform soll auf einem nachhaltigen Server gehostet werden (grünes Webhosting).

2. **Um die Nachteile der gewerblichen Mieter, die von privater Hand Räumlichkeiten angemietet haben, abzumildern, soll von Seiten der Stadt eine Hilfe in Form von Mediation mit den beiden Vertragsparteien angeboten werden.**

Folgender Antrag wird zurückgestellt:

Es soll ein Nothilfefond Club- und Veranstaltungskultur geschaffen werden. Aus diesem Hilfsfond heraus sollen Pauschalen an kleine und mittelgroße Musikspielstätten für jedes abgesagte Konzert gezahlt werden. Die Pauschale könnte mit einem Zuschuss von 2 Euro pro erwartetem Gast berechnet werden.

Folgende Anträge werden in den Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit verwiesen:

1. **Für einen begrenzten Zeitraum von 1 bis 3 Monaten sollen durch ein kommunales Sonderförderprogramm bei Beziehern von Leistungen nach Sozialgesetzbuch (SGB) II und XII die tatsächlichen Mietkosten als Kosten der Unterkunft (KdU) anerkannt werden.**

2. *Die Förderung bei der Übernahme von den Vereinsgebühren für Kinder und Jugendliche bis 50 Euro im ersten Jahr der Mitgliedschaft und einer anschließenden Drittelförderung wird auf Erwachsene beider Passarten (Heidelberg-Pass und Heidelberg-Pass+) ausgeweitet.*

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung/en und Arbeitsauftrag